

# Spangenberger Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

## Erscheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G. Mk. frei ins Haus, einschließlich der Postgebühren und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Telegramm-Adresse: Zeitung.

Verleger: Hugo Munzer



## Anzeigen

werden die sechsgealtene 8 mm hohe (Betriebs-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 10 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datennachricht und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen auf Postkonto Frankfurt am Main Nr. 20771

Annahmehöhe für Offerten und Ankauf beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden bill. f. berech. t.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr 18

Dienstag, den 10. Februar 1925

18 Jahrgang.

Häng' an die große Glocke nicht,  
Was jemand im Vertrauen spricht.

## Der Rhein als Faustpfand.

Die Nichträumung der ersten rheinischen Zone ist von den Alliierten damit begründet worden, daß die Militärkontrollkommission Befehlungen Deutschlands festgelegt habe. Ueber die Art und den Umfang dieser angeblichen Befehlungen sind von der Gegenseite nähere Angaben nicht zu erlangen, da der abschließende Bericht noch nicht vorliegt und immer weiter hinausgezögert wird. Kein Mensch in Deutschland zweifelt daran, daß es sich hier nur um Vorwände handelt, um die Räumung hinauszuschieben, und daß die wirklichen Gründe anders verborgen liegen. Daß England diese Komödie mitmacht, hat in Deutschland auf das schwerste entzündet, wo man aus einzelnen Anzeichen hoffte, daß England sein eigenes Interesse daran erkennen würde, daß die europäischen Vorherrschaftepläne Frankreichs nicht zur vollen Reife kommen.

Was Frankreich am Rheine will, darüber ist man sich immer klar gewesen. Wie aber stellt sich England zu dem zynischen Eingeständnis, das ein Herriot nächststehender Freund in dem Pariser Blatt "Deuxieme" abgeben hat, nach dem Frankreich das Rheintal solange als Faustpfand behalten will, bis Amerika und England sich dazu bequemen, den viel besprochenen Garantiepakt mit Frankreich abzuschließen. Es ist nicht irgend eine gleichgültige Persönlichkeit, die das geschrieben hat, sondern es ist der beauftragte Sprecher Herriot, Herr Paul Boncour, der als französischer Delegierter beim Böhmerbund und als Vorsitzender der rheinischen Kommission des Obersten französischen Verteidigungsrates einen offiziellen Vertreter der französischen Politik darstellt. Der Rhein als Faustpfand! Im Verfaller Vertrag ist mit keinem Worte und an keiner Stelle irgend eine solche Möglichkeit vorgesehen. Die Räumungsfrist ist genau festgelegt und im Vertrag beschworen. Läßt Frankreich seine Truppen an der Rheinbrücke warten, bis der Garantiepakt mit England und Amerika abgeschlossen ist", so ist das der gleiche Vertragsbruch, dessen sich Boncour mit seinem Kabinetschef schuldig machte. Was kann Deutschland dagegen tun und was werden die Mächte dagegen tun, die durch ihre Unterchrist den Verfaller Vertrag garantiert haben, und die es unmöglich dulden können, daß das hemmungslos gewordene Frankreich ihn zum zweiten Male zerreiße? Das Frankreich Herriot's scheint offenbar nicht im geringsten zu befürchten, daß die anderen Mächte für die Heiligkeit des Vertrages sich einsetzen könnten. Frankreich ist sich seiner Macht bewußt und England hat durch das Kompromiß in der Köhner Frage sich bereits mitschuldig gemacht, sodaß es in der Bekundung seiner moralischen Entrüstung gehemmt ist. Amerika sieht von ferne zu und kennt die Probleme kaum, die für die künftige Gestaltung Europas entscheidend sind. Herriot kann das große Spiel mit Ruhe wagen, denn Deutschland ist wehrlos gemacht.

Und doch ist es nur Deutschland selbst, das diesem neuen Vertragsbruch aus eigener Kraft entgegenzutreten muß, da auf Gerechtigkeit und Hilfe von irgend einer anderen Seite nicht zu rechnen ist. Bleibt Frankreich mit seinen Truppen am Rhein, unter welchen Vorwänden es auch immer sein mag, und hält es, wie das Boncour ankündigt, dieses Faustpfand gegen Vertrag und Völkerrecht fest, so hat auch Deutschland seine volle Handlungsfreiheit wiedergewonnen und wenn es den Kampf um den Rhein auch nicht militärisch zu führen vermag, so muß es ihn doch mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln moralisch aufnehmen und in diesem moralischen Kampf wird Frankreich sich vielleicht doch auf den Vorteil der Vertragstreue belassen.

## Die Goldkäufe des Reiches.

Eine amtliche Erklärung.

Durch die Presse ging vor einigen Tagen die aufsehenerregende Nachricht, daß die verhältnismäßig unbedeutende "Depositen- und Handelsbank" im amtlichen Auftrag für verschiedene Reichsministerien Geld und Devisen gekauft und dabei mit den ihr zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellten Krediten große Zwischengewinne erzielt habe. Zu diesen sensationellen Entbehlungen nimmt jetzt die Reichsregierung in einer längeren Erklärung Stellung, ohne allerdings über die Angelegenheit vollkommen Klarheit zu schaffen.

Danach hat tatsächlich Anfang Oktober 1923 der frühere Reichspostminister Dr. Höfle, unterstützt durch den Reichstagsabgeordneten Dr. Fleischer, dem damaligen Reichsfinanzminister Dr. Stresemann den Vorschlag unterbreitet, durch die Depositen- und Handelsbank für das Reichspostministerium und für das Reichsverkehrsministerium in Berlin lagerndes Gold mit Papiermark anzukaufen. Kurze Zeit darauf übermittelte der Reichspostminister dem Reichsfinanzminister den Besuch der Depositen- und Handelsbank A. G., die von ihm für die Durchführung der Aktion in Aussicht genommen war, an das preussische Handelsministerium, um die Erlaubnis zur Zulassung zur Börse und zum Depotrecht und Devisenhandel. Zugleich brachte Dr. Höfle in einem Schreiben zum Ausdruck, daß es sich bei dem erwähnten Bankinstitut um ein gut fundiertes Unternehmen handle. Zudem wurde in dem Schreiben betont, daß sowohl das Reichspostministerium wie das Reichsfinanzministerium des Innern durch einen höheren Beamten im Auftrag der Bank vertreten sei. Auf Grund dieser Unterlagen ist der Antrag des Reichspostministers mit der Einverständniserklärung des Reichsfinanzministers und des Reichsverkehrsministers versehen worden.

Als dann aber der Devisenkommissar, Geheimrat Fellingner, darauf hingewiesen habe, daß im Verkehr mit der Depositen- und Handelsbank keine Vorkehrung am Platze sei und nach der ganzen Art des Geschäftsverkehrs in die Bank nicht das Vertrauen zu setzen sei, daß sich hochgestellte Behörden in einen geschäftlichen Verkehr mit ihr einlassen sollten, wurde das von Dr. Stresemann befürwortete Gesuch auf Verleihung des Depotrechtes und auf Börsenzulassung der Bank zurückgezogen.

## Die Goldgeschäfte der Reichspost.

Wie das Reichspostministerium amtlich mitteilt, sind im ganzen für die Post aus ihren Betriebsmitteln in der Zeit vom 23. Oktober bis 24. November 1923 durch Vermittlung der Depositen- und Handelsbank in zehn Posten 267 Kilogramm Feingold und 700 Kilogramm Feinsilber angeschafft worden. Der Gesamtaufwand hierfür, einschließlich Wappsteuern, betrug 912 085 Millionen Papiermark, gleich 912 085 Goldmark. Im April und Mai 1924, nachdem die Stabilität der Währung feststand, sind die Metallbestände durch Abgabe an die Reichsbank und die Devisenbeschaffungsstelle veräußert worden. Dabei entstand ein buhmäßiger Verlust von 106 802 Goldmark, der darauf zurückzuführen ist, daß die Metallpreise während der Lagerung gesunken waren.

## Die 700 Millionen-Kredite.

Die Bezahlung für die Sachlieferungen.

In den französischen Zeitungen findet sich immer wieder die Behauptung, daß die rund 700 Millionen Mark, die an die Wirtschaft der besetzten Gebiete gezahlt worden sind, dem Ertrage der Dawesanleihe entnommen worden seien. Demgegenüber wird von zuständiger deutscher Seite erneut mitgeteilt, daß diese Behauptung vollständig falsch ist. Der Ertrag der Dawesanleihe unterliegt nicht der Verfügung der Reichsregierung. Vielmehr ist der Ertrag der Dawesanleihe in Devisen oder Gold der Reichsbank zugeflossen, die den entsprechenden Gegenwert in Mark dem Generalagenten für Reparationszahlungen für die erste Annuität überwiesen hat. Ohne Zustimmung des Generalagenten und der Reparationskommission kann über den Ertrag der Dawesanleihe daher nicht verfügt werden.

Was die 700 Millionen anlangt, so stellen sie nicht eine Entschädigung für irgendwelche, im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung erlittenen Schäden dar, sondern sie sind die Bezahlung für die nicht nur von der Schwerindustrie, sondern auch von der übrigen Wirtschaft der besetzten Gebiete geleisteten tatsächlichen Reparationslieferungen an die Besatzungsmächte.

Diese Leistungen der besetzten Gebiete sind bekanntlich auf der kürzlichen Konferenz der alliierten Finanzminister in Paris mit rund einer Milliarde Goldmark berechnet und dem Reich auf Reparationskonto gutgeschrieben worden. Es ist ganz selbstverständlich, daß das Reich sich diese zunächst von der privaten Wirtschaft aufgebracht Leistungen nicht auf Reparationskonto aufzurechnen lassen kann.

ohne andererseits der privaten Wirtschaft diese Leistungen zu bezahlen. Wie aus dem Vergleich der vom Reich gezahlten rund 700 Millionen Mark mit der dem Reich gutgeschriebenen Summe von rund einer Milliarde Mark hervorgeht, ist bei der endgültigen Abrechnung mit der Wirtschaft der besetzten Gebiete über diese Leistungen im Wege des Vergleichs für das Reich eine erhebliche Ersparnis erzielt worden.

## Die sozialdemokratischen Reichsminister und die Ruhr-entschädigungen.

Die früheren sozialdemokratischen Reichsminister Robert Schmidt und Sölkemann veröffentlichen eine neue neue Erklärung, in der sie wiederum bestritten, für die Ruhrentschädigung eingetreten zu sein. Sie verlangen eine klare Antwort der Regierung und Veröffentlichung der einschlägigen Protokolle. Demgegenüber wird von der Reichsregierung in einer längeren Erklärung nochmals ausdrücklich festgestellt, daß auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts die Entschädigungspflicht des Reiches gegenüber dem Ruhrbergbau anerkannt haben.

## Die Untersuchung geht weiter.

Vorläufig keine Unterbrechung der Landtagsverhandlungen.

Der preussische Untersuchungsausschuß für die Barmat-Affäre setzte am Montag seine Verhandlungen fort. Zu Beginn der Sitzung teilte der Vorsitzende Dr. Leidig mit, daß eine vertrauliche Befragung zwischen den Ausschussmitgliedern und Vertretern der Staatsanwaltschaft und des Untersuchungsrichters stattgefunden habe, die sich mit der Frage beschäftigte, inwiefern die Ausschussverhandlungen den schwebenden gerichtlichen Verfahren hinderlich sein könnten. Es handle sich um dieselbe Aktion, die auch gegenüber dem Reichstagsuntersuchungsausschuß erfolgt sei. Es sei zuzugeden, daß auf gewissen Gebieten und in gewissen Momenten ein Zusammenstoß der beiden nebeneinanderliegenden gerichtlichen und parlamentarischen Untersuchungen eintreten könne. Der Ausschuss würde zu gegebener Zeit über diese Frage sich entscheiden müssen. Augenblicklich liege eine Notwendigkeit dafür noch nicht vor. Hierüber sei eine Verständigung zwischen den Vertretern der Justiz und den Ausschussmitgliedern herbeigeführt worden.

## Die Altensachverständigen verweigern.

Der Vorsitzende fügte hinzu, es sei heute ein Brieftelegramm des Reichswirtschaftsministers eingetroffen, in dem mitgeteilt wird, daß die für die Sitzung gewünschten Akten in der dazwischenliegenden kurzen Zeit nicht herausgeholt werden konnten und daß außerdem gegen die Herausgabe der Akten grundsätzliche Bedenken beständen.

## Eine gefälschte Unterschrift Wiffels?

Hierauf wurde die Berechnung des Ministerialdirektors Dr. Falk und des Kriminaloberkommissars Klinghammer fortgesetzt. Letzterer erklärte, er habe nach den Bekundungen des früheren Reichswirtschaftsministers Wiffel den bestimmten Eindruck, daß die von ihm bei Barmat beschlagahmte Ausführlaufwilligung für Druckpapier mit einer gefälschten Unterschrift des Ministers versehen gewesen sei. Damals seien solche Fälschungen so häufig vorgekommen, daß ein besonderes Degerat zu ihrer Aufdeckung habe eingerichtet werden müssen. Hätte man damals dem Minister Wiffel das Dokument gezeigt, so wäre vermutlich die Fälschung schnell aufgedeckt und die Ermittlung der Fälscher möglich gewesen.

Weiter erklärte der Zeuge nochmals, daß er nie ein amtliches Schriftstück zugunsten eines hohen Beamten der alten Zeit unterschlagen habe.

## England will sein Geld.

Churchills Zahlungsaufforderung an Frankreich.

Der englische Schatzkanzler Churchill hat dem französischen Finanzminister eine Note übermittelt, in der die Pariser Regierung in höflicher aber entschiedener Form an die Rückzahlung der während des Krieges in England aufgenommenen Schulden gemahnt wird. Die englische Note betont, daß England keineswegs seine Ansprüche an die Alliierten in voller Höhe aufrechtzuerhalten will, sondern nur das an Zahlungen zu erhalten wünscht, was es selbst an die Vereinten Staaten zu zahlen hat. Die alliierte

Handelsteil.

Berlin, den 9. Februar 1925.

Der Devisenmarkt ist der Kurs London gegen...

Die Zuckerpreise...

Warenumarkt. (Mittl.) Getreide und Deshoaten...

Aus der Heimat

Spangenberg, 10. Februar 1925.

Theaterabend. Wie aus dem Anzeigenteil zu...

Stenographisches. In der letzten Versamm...

Gewährung von Vorschüssen an Kriegsbe...

Die Wohnungszwangswirtschaft. Der Haupt...

Nentershausen. Furchtbare Bluttat bei einer...

ist der 18jährige Gebhard Großmann aus Dens, der die...

C. S. L. Am Sonntag fand hier der erste Gantag...

— Auf dem letzten Wochenmarkt folgende...

25-35, Grünkohl 10-20, junge Möhren Bd. 10-15,

Der Vertrag mit Siam.

Berlin, den 7. Februar 1925.

Scharfe Angriffe der Deutschenationalen im Reichsta...

Im Reichstage fand heute der deutsch-siamische Han...

Abg. Dr. Knoss (Dem.) erhob Einspruch gegen die Be...

Ingenieur Dr. Eisele wandte sich gegen die Krift...

Vor der Abstimmung stellt der Präsident die Befähig...

Aus Stadt und Land.

Mutter und Sohn unter dem Auto. Im Westen...

Zwei Leichenflederer verhaftet. In einem Hausflur...

Eröffnung der Berliner Bekleidungs- und Lederver...

Großfeuer in einem Gestüt in Hoppegarten. Im...

Kommunizenzusammenkünfte in Jevern. Eine Grün...

Gedantag der Kriegsoffer in Thüringen. Das thüring...

Sühne für einen Raubmord. Wegen eines an einer...

Generaloberst von Vinzingen 75 Jahre alt. Generalob...

Wiesbaden, englisches Hauptquartier. Wie von aus...

Ein internationaler Arbeiter-Kongress. In Et...

Eine Amerikanerin. In einer Stadt Eng...

17 Matrosen ertrunken. Bei dem Zusammen...

Rohsteinbrecher auf Reisen. In letzter Zeit...

Kampf zwischen Polizei und Schmugglern. In...

Man muß sich zu helfen wissen. Bei der...

„Alt-Heidelberg“ in London. Im Garrick-

Dynamitexplosion im Eisenbahnzuge. In...

„Alt-Heidelberg“ in London. Im Garrick-

Feuerungsdemonstrationen in Neapel. In...

Temperatursturz und Sturm am Schwarzen...

Der „Nordpolfahrer“ Cook im Gefängnis. Dr.

Vier Kinder verbrannt. Im Hause eines...

Das Urteil wegen der Ermordung des Land-

Der polnische Boykott der Danziger Messe.

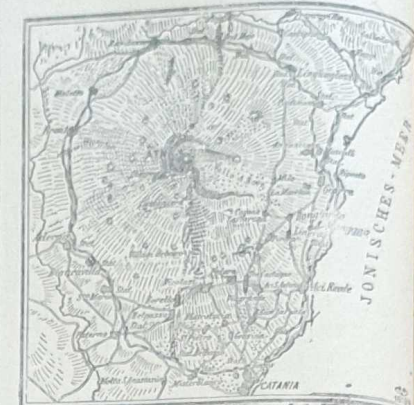
Ein deutscher Dampfer gesunken. Der deut-

Die Revision Grans verworren. Die von...

Schiedspruch im Ruhrbergbau. Der neue...

Die belgische Besatzungsbehörde hat den Kar-

Der Münchener Geograph Dr. Erich v. D...



Zum neuen Ausbruch des Aetna. Der Aetna...

Scherz und Ernst. ff. Die Wiege der Eisenbahn.

Städtebau in sechs Tagen. Wie aus Amer...

Brennholz-Verkauf der Oberförsterei Spangenberg

Gesichts-Ausschlag. Gemischt Chor. Stadtanleihen. Pianos.

Theater-Abend. Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Die Waffennieder.

Tüchtiges Mädchen gesucht. Billige Schellfische. Ia. Räucherwaren. Inferieren bringt Gewinn!